



Niederschrift

65. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Juni 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 9 der Tagesordnung: Vorläufige Unterbringung der Geflüchteten aus der Ukraine - Vergabe von Sicherheitsdienstleistungen für die Steinhäuserstraße 18 a Vorlage: 2024/0568

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt - nach Vorberatung im Hauptausschuss - der Vergabe der Sicherheitsdienstleistungen für das ehemalige Schwesternwohnheim der ViDia-Kliniken ab dem 1. August 2024 bis zum 31. Juli 2025 mit optionaler Verlängerung bis zum 31. Juli 2026 an die Firma Sekuris Dienstleistungen GmbH&Co.KG, Lindigstraße 12, 63801 Kleinostheim zu.

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zuschlag zu erteilen und den entsprechenden Vertrag mit einem Gesamtwert in Höhe von **4.223.310,56 Euro** abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 4. Juni 2024.

Stadträtin Fenrich (parteilos): Ich würde sehr gerne dieser Vorlage zustimmen, aber die Vorlage ist meines Erachtens einfach nicht substantiiert dargelegt. Die Vorlage spricht davon, dass Sicherheitsleistungen im Außenbereich vorgenommen werden müssen und vergeben werden sollen und Sicherheitsleistungen innerhalb des Gebäudes. Die Verwaltung hat aber versäumt, diese Sicherheitsleistungen aufzusplitten, also in Sicherheitsleistungen innerhalb des Gebäudes und Sicherheitsleistungen außerhalb des Gebäudes. Die Gesamtkosten betragen für zwei Jahre 4,2 Millionen Euro. Das sind monatlich 175.000, fast 176.000 Euro. Das sind keine Peanuts. Aus diesem Grunde hätte meines Erachtens diese Beschlussvorlage einfach dezidiert aufgelistet werden müssen, denn ich denke mir, dass die Sicherheitsleistungen im Außenbereich durchaus notwendig sind, auch weil die ViDia-Kliniken das auch gefordert haben, aber auch weil man nicht weiß, was außenherum geschieht. Die Einflüsse können vielfältig sein, von daher absolut richtig.

Was die Sicherheitsleistungen innerhalb des Gebäudes anbelangt, gehe ich doch davon aus, dass die Räume, also innen, das Haus bewohnt ist von Ukrainern, und das sind doch zum Großteil Frauen mit Kindern. Da muss ich ganz ehrlich sagen, erschließt sich mir nicht ganz, weshalb da Sicherheitsleistungen, zumindest mal wohl in erheblichem Umfang auch, eingekauft werden sollen. Von daher ist es meines Erachtens nicht ganz schlüssig, was hier vorgetragen wurde. Ich denke, jeder, der sich hier ehrlich macht und das genau überlegt und auch überlegt, wo unsere Gelder hingehen, dass der Haushalt klamm ist, da wiederhole ich mich auch zum x-ten Mal, dass wir uns enorme Ausgaben nur dann leisten sollten, wenn sie dringend erforderlich sind, und das ist dieser Beschlussvorlage nicht zu entnehmen.

Ich würde mich daher ganz gerne enthalten, das geht aber nicht, denn es wird jetzt abgestimmt werden über sämtliche Sicherheitsleistungen außen und innen. Deswegen werde ich mit Nein stimmen. Und das, wie gesagt, dieses nicht substantiierte Vortragen seitens der Stadtverwaltung veranlasst mich zu diesem Schritt.

Der Vorsitzende: Ich will nur darauf hinweisen, dass solche Diskussionen eigentlich in den Hauptausschuss gehören, und dort sind diese Punkte bisher nicht vorgetragen worden. Ob es Sinn macht, interne Dienstleistungen und externe Dienstleistungen in einem Gebäude auszuschreiben, mit dem Risiko, dass ich dann zwei Sicherheitsfirmen habe, die einmal intern, einmal extern arbeiten, wage ich zu bezweifeln. Ich halte das für sinnvoll, dass das aus einer Hand ist. Natürlich ist das viel Geld, aber wir setzen hier die Sicherheitskonzepte um, die sich überall bewährt haben und die auch ein Stück weit dem entsprechen, wie wir es für andere Gruppen, die wir in Großunterkünften unterbringen müssen, auch anwenden und wo wir bisher sehr gute Erfahrungen machen.

Hier würde ich davor warnen, jetzt in eine Diskussion einzusteigen, wie setzen sich diese Gruppen zusammen, aus welchen Herkunftsländern kommen die denn. Unsere Erfahrung ist, dass es bei gruppenspezifischen Prozessen am Ende relativ egal ist, wo die Menschen herkommen und auch wie sie sich jeweils zusammensetzen. Wir haben da zum Teil auch andere Erfahrungen gemacht als manche anderen. Ich bin aber erst einmal sehr froh, dass wir bisher in den letzten Jahren nie nennenswerte Schwierigkeiten hatten. Aber genau das setzt auch voraus, dass wir hier mit großer Verantwortlichkeit, und das dient auch dem Schutz der jeweiligen Personen, die sich dort befinden, es ist kein Affront gegen diese Personen, da wird, glaube ich, gerade im Moment ein bisschen die Wirkungskette umgedreht, dass wir eigentlich sehr gute Erfahrungen damit machen. Da wir hier in diesen Bereichen doch hoffentlich auch umfassend weiterhin die entsprechenden Kosten erstattet bekommen, hat es auch nicht unmittelbar etwas mit der sonstigen Finanzkraft des Haushaltes zu tun. Das vielleicht als ein Versuch, hier einfach für die Öffentlichkeit ein paar Punkte aus meiner Sicht noch zu ergänzen.

Wir würden jetzt in die Abstimmung einsteigen, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
2. Juli 2024